

? Gruppenuniversität Ade ?

Christian Gummerer

Wiedereinmal wird in Österreich über das leidige Thema Studiengebühren diskutiert. Finanzminister *Lacina* betonte zum Beispiel, daß Österreich es sich auf die Dauer nicht leisten kann Universitätsleistungen zum Nulltarif anzubieten.

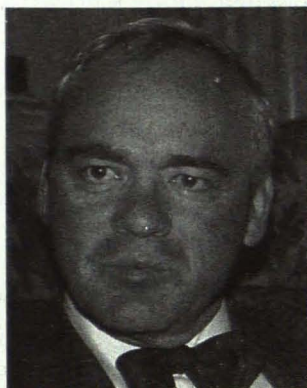
In die Liste der Befürworter von Studiengebühren reihte sich, wie zu erwarten, auch der Wissenschaftsprecher der ÖVP und *ehemalige Rektor der UNI Graz Univ. Prof. Brünner* ein. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema Fachhochschulen anlässlich der Eröffnung der Berufsinformationsmesse in Graz plädierte er für deren raschest mögliche Einführung.

Dabei hat es solche Gebühren schon einmal in Österreich gegeben. Diese wurden allerdings während der Amtszeit von Frau Dr. Firmberg wieder abgeschafft. Einer der Hauptgründe dafür war, daß der bürokratische Aufwand, der durch die Kontrollmechanismen bei der Einhebung der Studiengebühren hervorgerufen wurde, wesentlich höher war als der Gesamtbetrag der anfallenden Gebühren.

Sektionschef Höllinger (SPÖ) fordert daher heute die Wiedereinführung von Studiengebühren in der Höhe von 5000 S pro Semester. Zwei Drittel davon ginge aber für die anfallenden Verwaltungskosten verloren. Der Break Even liegt also bei ca. 3000.- (Herr Parkinson hätte die größte Freude mit uns).

Auch in den Reihen unserer Universität gibt es immer noch Ewiggestrige.

Univ. Prof. Cerjak (Fakultät Maschinenbau) betonte in einem Interview für das "PROFIL", daß gute Studierende von schlechten bezahlt werden sollten. Wie er sich das vorstellt wird man wohl noch genauer erfragen müssen.



Das besonders Traurige daran ist, daß er die Einführung solcher Finanzierungsmechanismen mit der, seiner Meinung nach, bevorstehenden Ausländer/innenflut begründet.

Entweder Österreich wird EG Mitglied und wir akzeptieren den freien Personenverkehr oder wir werden erst gar nicht Mitglied.

Darüber hinaus ist ein Teil der Professorenkurie der Ansicht, daß Studierende nur mehr mit beratender Stimme in Entscheidungen eingebunden werden sollen. (*Gruppenuniversität ade!*). Zur Entscheidungsfindung sollen nur mehr Habilitierte (*venia docendi*) herangezogen werden. Alle anderen dürfen noch zuhören.

Ich spreche jeder Person, die ein repräsentatives Amt an unserer Universität bekleidet und solche verantwortungslose Äußerungen in öffentlichen Medien verlautbart das nötige Feingefühl im Umgang mit den einzelnen Universitätsgruppierungen ab. Solche Aktionen sind zutiefst populistisch und können nicht

Ausdruck einer akademischen Zusammenarbeit sein.

Offensichtlich hat ein Rückschritt in die Vergangenheit stattgefunden. Soll das die neuerliche Rückkehr zur Ordinarienuiversität bedeuten und will man das geistige Potential unserer Studierenden endlich an die Brieftasche der Eltern koppeln. Nach dem Motto: Wer gewisse Beträge für Studiengebühren erübrigen kann, ist auch "intelligent" genug um ein Studium zu absolvieren.

Die Folgen solcher Hirngespinnste sind, daß noch mehr Studierende sich eine Nebenbeschäftigung suchen müssen. Die Anzahl der Drop Outs wird noch weiter ansteigen. - Die Forderung nach Studieneingangsprüfungen wird lauter werden. - Die Anzahl der Absolventen wird noch niedriger werden.

Was dies bedeutet können vor allen jene Leute beurteilen, welche ständig in der Industrie stehen oder eine langjährige Erfahrung besitzen. Irgendwann beißt sich dann die Katze wieder in den Schwanz und der Grundstein für eine immer fortwährende Entwicklung ist gelegt.

Durch die Wiedereinführung von Studiengebühren wird in Österreich genau dieser Wirtschaftsliberalismus gefordert, welcher in den USA den wirtschaftlichen Ruin hervorgerufen und bei uns in der Vorkriegszeit zum Ständestaat geführt hat.

Zum Abschluß möchte ich noch eines zum Ausdruck bringen, daß vorallem die Universität als Ganzes sich mehr dem Gedanken UNIVERSITAS zuwenden sollte

und Vergangenheitsbewältigung betreiben soll.

Die Aufgabe einer Universität ist das Streben nach vorne zur Schaffung von Fundamenten für die gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Es ist unerlässlich hier und heute einen weiteren Schritt zur Öffnung unserer Universitäten für alle Bevölkerungsschichten zu setzen. Eine Stagnation oder gar eine Rückentwicklung in Folge der Einführung von Studieneingangsbegrenzungen, Studiengebühren, der Abschaffung der studentischen Kontrollfunktion in den Gremien unserer Universitäten kann für die Zukunft nur negative Auswirkungen zeitigen. Dies liegt vor allem darin begründet, daß solche Maßnahmen dem Zeitgeist der Mobilität unseres Jahrhunderts zuwider laufen.

Die Brieftaschen der Eltern können niemals ein Kriterium für die Heranbildung unseres akademischen Nachwuchses bilden!

Leider wird in Österreich immer nur groß von der Basisdemokratie gesprochen. Die Realität sieht so aus, daß das Bundesministerium klang heimlich irgendwelche Gesetzesentwürfe oder sogenannte Diskussionsentwürfe ausarbeitet und diese dann mit letzter Konsequenz durchzusetzen versucht. Auf Grund der Fehlenden Einbindung der Betroffenen sind diese Gesetze dann absolut realitätsfremd.

Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, daß man als kleiner Studierendenvertreter andauernd mit Windmühlen zu kämpfen hat.